



Bayerische Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit

EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte



1
—
21

SIND VERBINDLICHE GENDERSCHREIBWEISEN NÖTIG?



PRO von Rupert Gröbl

Das Gendersternchen, das groß geschriebene Binnen-I (LeserInnen), der Doppelpunkt (Leser:innen) oder Unterstrich (Leser_innen) in der geschriebenen Sprache, der damit einhergehende Glottisschlag in der gesprochenen Sprache (so wie in ‚Spiegel-ei‘), Begriffe wie *People of Color* – „PoC“ – all diese Sprachphänomene erhitzen derzeit landauf, landab die Gemüter, werden zum Gegenstand von Kommentaren in Tageszeitungen oder ausführlichen Artikeln in politischen Wochenzeitschriften.

Dabei dreht es sich meist um die Frage von sprachlicher Ästhetik, um die „Reinhal- tung“ der deutschen Sprache („Was würden Goethe, Schiller oder Thomas Mann dazu sagen?“). Oft wird auch das Argument vorgetragen, Sprache sei ein Mittel der Identitätsfindung. Natürlich ist sie das, doch bedeutet das nicht, dass sich Sprache nicht verändern dürfe. Denn das tut sie selbstverständlich, und das wird sie auch weiterhin tun. Wie sie sich verändert, darüber entscheiden aber ihre Nutzer*innen in ihrer Gesamtheit und nicht selbsternannte Wächter*innen sprachlicher Reinheit.

Den Streit über das Gendern aber auf das rein Sprachliche zu reduzieren, geht am eigentlichen Problem vorbei – vielleicht ist es aber auch nur ein Mittel, um vom eigentlichen Problem abzulenken. Es geht nämlich in erster Linie nicht um ein sprachliches, sondern um ein gesellschaftliches Problem bzw. um einen ganzen Problembereich. Es geht zum einen um die Tatsache, dass wir auch im Jahr 2021 von einer Gleichberechtigung der Geschlechter noch

weit entfernt sind. Dies zeigt sich zum Beispiel daran, dass Frauen für gleiche Arbeit im bundesweiten Durchschnitt noch immer 18 Prozent¹ weniger verdienen als Männer, dass Frauen in Leitungsfunktionen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nach wie vor unterrepräsentiert sind. Ob Geschlechterquoten bei der Besetzung solcher Positionen der richtige Weg sind, auch darüber wird intensiv diskutiert – und das ist auch gut so. Es geht darüber hinaus aber auch um Akzeptanz und vor allem um Toleranz, um Toleranz für ein Abweichen von einer – von wem auch immer definierten – Norm. Es geht darum, dass niemand aus rassistischen Gründen, wegen seiner/ihrer Abstammung, Herkunft, Sprache, geschlechtlichen, sexuellen Identität, wegen seines/ihrer Glaubens benachteiligt werden darf.

Eine solche Toleranz können wir nicht zeigen, wenn wir zum Beispiel von „Lehrern“ sprechen oder schreiben und sagen, damit seien selbstverständlich auch alle Lehrerinnen gemeint. Eine Rückkehr zu diesem generischen Maskulin darf es nicht geben, denn dieses beinhaltet per se Diskriminierung. Daran ändert auch keine noch so gelehrte linguistische Argumentation etwas. Hier muss und wird sich Sprache verändern, und zum Glück hat sie es bereits ein Stück weit getan. Es war lange Zeit schon als Fortschritt zu betrachten, wenn von „Lehrerinnen und Lehrern“ die Rede war. Doch sind damit noch immer nicht die Menschen eingeschlossen, die sich weder dem weiblichen noch dem männlichen Geschlecht zugehörig fühlen. Bei der Verwendung der Form „Lehrer*innen“ jedoch schon, ist darin doch auch das diverse Geschlecht eingeschlossen.



.....
¹ Vgl. dazu z.B. www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Qualitaet-Arbeit/Dimension-1/gender-pay-gap.html [Stand: 04.05.2021].

Das eigentliche Thema des Genderns ist also weniger die Sprache, sondern vielmehr geht es um Toleranz, um Offenheit – ja, vielleicht sogar um Nächstenliebe.

Welche Form des Genderns (s.o.) sich durchsetzen wird, wie also der Gedanke der Toleranz seinen Eingang in die Sprache finden wird, das ist zum jetzigen Zeitpunkt offen. Die Form ist dabei nachrangig, der gesellschaftliche Diskurs wird uns den Weg dorthin weisen. Wichtig ist es zum jetzigen Zeitpunkt, diesen Diskurs zuzulassen, ihn zu befeuern, vielleicht auch mit dem Mittel der Provokation. All das mit dem Ziel, der Gleichberechtigung aller und der Toleranz zum Sieg zu verhelfen.

Bis auf Weiteres wird auch die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit das Sternchen * verwenden, ist es doch die zur Zeit noch am meisten verbreitete Form des Genderns. Zugegebenermaßen ist mit dem Sternchen * – auch sprachlich – nicht alles gelöst, z.B. im Bereich der Personal- und Possessivpronomen (er/sie, sein/ihr), da das Deutsche hier noch über keine adäquaten Pronomen für das dritte Geschlecht verfügt. Grundsätzlich gilt jedoch: Die Lebenswirklichkeit spiegelt sich in der Sprache wider; gleichzeitig hat die Sprache aber die Aufgabe, die Lebenswirklichkeit abzubilden und dabei auch normativ zu wirken. ●



CONTRA
von **Monika Franz**

Das Ringen um Identitäten und gesellschaftliche Teilhabe ist eine zeitlose Herausforderung, der sich jede Generation neu zu stellen hat. In den 1970er/1980er Jahren hieß das unter anderem, sich mit einer Gesellschaft auseinanderzusetzen, die noch stark patriarchalisch-konservativ geprägt war – Homosexualität z.B. sahen viele noch als Krankheit an, über Transidentitäten wurde gar nicht geredet. Die gerade in Deutschland vielerorts noch nicht besonders weit gediehene Gleichberechtigung von Frauen äußerte sich damals z.B. in der befremdlichen Konvention, dass Mädchen oder unverheiratete Frauen als „Fräulein“ angesprochen wurden – für Männer gab es hingegen keine Verniedlichungsform. Mich persönlich befremdete das sogenannte generische Maskulinum – nein, ich war kein Schüler, kein Abiturient und auch kein Student, sondern Schülerin, Abiturientin und Studentin. Die Floskel mit dem „Mitgemeintsein“, die neuerdings so häufig bemüht wird, verwendete man damals noch nicht – sie befremdet heute in gleichem Maße, zumal

vice versa ein generisch verwendetes Femininum wohl eher abgelehnt wird. Ebenfalls in den 1970er und 1980er Jahren traf man auch auf die sog. Achtundsechziger, die den Mief der konservativen Großeltern-/Elterngeneration ablehnten, nicht selten aber selbst neue schwierige Stereotypen bedienten und anderen ihre Glaubenssätze aufpropfen wollten. Doch gerade angesichts dieser gelebten Diskrepanzen konnte man/frau verstehen, dass viele scheinbar naturhaft vorgegebenen Werte und Umgangsformen von Menschen normativ gesetzt sind – und daher auch von Menschen wieder verändert werden können.

Verwandte, ziemlich aggressiv geführte Auseinandersetzungen finden nun in dem nicht nur vom „Spiegel“ so apostrophierten „Kulturkampf“² um die Genderschreibweise statt. In deren Zentrum steht das wichtige und gut nachvollziehbare Anliegen, Geschlechteridentitäten, die sich nicht in das klassisch-binäre Mann-Frau-Schema bzw. die seit Jahrtausenden bestehende Heteronormativität fügen lassen, die notwendige gesellschaftliche Gleichstellung zu ermöglichen. Dass das Denken die Realität (vor-)formt, scheint klar, und dass ein Hauptschauplatz dieses mitunter hochemotional geführten Kampfes die Sprache ist, ist nur folgerichtig.

Die Auseinandersetzung um den richtigen Umgang mit dem Thema gendergerechte Sprache hat nun auch in der Bundesrepublik – im Kontext noch tiefer greifender Debatten um Identitäten und Identitätspolitik(en) – volle Fahrt aufgenommen. Die Spanne der Positionen reicht dabei weit. Das eine Lager lehnt etwa Veränderungen des Bestehenden zum Teil kategorisch ab, mokierte sich über „Genderwahnsinn“ und sieht den Untergang des Abendlandes nahen.

Die hie und da zu beobachtende Tendenz der Sternchen-Verfechter*innen, alles andere als die von ihnen präferierte Schreibweise als reaktionär oder gar „rechts“ abzutun, ist für die Debatte allerdings ebenfalls nicht sehr hilfreich. Die Frage, wie man/frau/divers zu einer alle angemessen berücksichtigenden Anredeform kommt, wird in einer pluralen Gesellschaft naturgemäß unterschiedlich beantwortet.

Das Unbehagen an dem derzeit in Rede stehenden Stern und auch anderen Varianten lässt sich an mehreren Argumenten festmachen: Da ist zum einen die praktische Ebene der Sprache. Reformunwillige führen häufig ästhetische Gründe ins Feld und lehnen die Einführung eines Zeichens, das bislang im Deutschen keine Funktion hatte,

.....

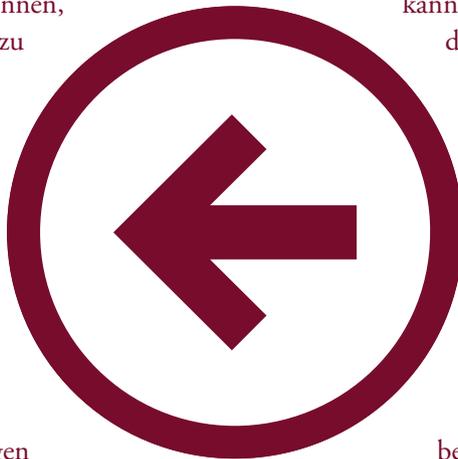
2 Der Spiegel 10 v. 06.03.2021, S. 8.

strikt ab. Ein schwieriges Argument, hängen ästhetische Urteile doch von subjektiven Empfindungen ab. Man kann das Sternchen hässlich oder hübsch oder als Fremdkörper störend finden – ein argumentativer Konsens wird auf diesem Weg nicht herzustellen sein.

Weiter führt da schon das Argument der grammatikalischen Korrektheit der Sprache, die die Grundlage allen Schriftverkehrs ist, als Basis schulischer Benotung dient oder auch in allen beruflichen Kontexten bindend ist. Durch die „wild eingeführte“ neue Gendernormierung entstehen zuhauf Formulierungen, die grammatikalisch falsch sind: Beispiel 1: nicht korrekt ausdrückbare Plurale: Die Lehrkraft gibt den Schüler/*innen Aufgaben; Beispiel 2: verwirrende oder falsche Varianten mit Artikel: Die Aufgabe der/des Schülers*in; Beispiel 3: Varianten, die zwangsläufig im Maskulinum oder Femininum falsch sind: die Bäuer*innen/Bauer*innen, Schwäb*innen. Mitunter führt dies zu regelrecht grotesken Formen, die sich niemand wünschen kann.

Die Ersetzung einer bislang bestehenden Vielfalt an Varianten durch ein starres, „uniformiert“ wirkendes *-Diktat ebnet die Diversität, die sie identitätspolitisch schaffen will, ironischerweise sprachlich eher ein. So kann es passieren, dass bei Texten, in denen es besonders viel um Arbeitsbezeichnungen etc. geht, dem oder der Lesenden auf einer DIN-A5-Seite 20 Sternchen entgegenleuchten. Das sieht schräg aus, hat aber noch den weitergehenden Effekt, dass die Sternkonstruktionen zusammen mit den im Sinne der gendergerechten Schreibweise nun ebenfalls vermehrt verwendeten Kollektiva (z.B. Team, Kollegium) und substantivierten Partizipien (z.B. Studierende, Lernende) zu einer sprachlichen Verallgemeinerung und Entpersönlichung führen können.

Ginge die Mission nun hinsichtlich der identitätspolitischen Zielsetzung auf – ok. Es wäre wunderbar, würden sich nun alle Betroffenen in der vorgeschlagenen Sternlösung wiederfinden. Doch das Kreuz mit dem Stern ist: Abgesehen davon, dass es auch einige Mitglieder der LGBTIQ*-Gemeinde gibt, die sich durch die omnipräsenten Genderschreibweisen auf ihre jeweilige sexuelle Identität reduziert fühlen, gibt es auch divers identifizierte Menschen, die sich damit nicht wohl fühlen. Der eine oder die andere fühlt sich eben nicht befreit, sondern sogar unter Druck gesetzt.



Schließlich: Die Genderbewegung ist eine derzeit von bestimmten gesellschaftlichen Eliten ausgehende Bewegung, die v.a. an Universitäten, von bestimmten Medien und Institutionen lanciert wird. Wie Umfragen zeigen, steht eine sich nicht mitgenommen fühlende Mehrheit der Gesamtbevölkerung der neuen Entwicklung skeptisch gegenüber oder lehnt sie sogar ab.³ Wie stark darf eine sich im Recht glaubende elitäre Bewegung über diese Skepsis hinweggehen? Kann man Befreiung verordnen? Darf die dem Traditionellen verhaftete Mehrheit bei solchen Top-down-Bewegungen ignoriert werden? Ist die sprachliche „Überwältigung“ im „hilfreich-pädagogischen“ Sinn akzeptabel?

Die Nonchalance, mit der im relativ regelwütigen Deutschland Normen im Zuge dieser Debatte weggewischt werden und von verschiedenen Seiten noch unausgeregotes Regelwerk als verbindlich gesetzt wird, kann frapieren. Der Genderstern ist in den Duden, den Gralhüter der deutschen Sprache, aufgenommen worden und existiert daher. Und das ist gut so. Nur: Eine Norm, die sich aus dieser Diskussion letztlich ergeben könnte/wird, existiert noch nicht. Und das ist auch gut so; die laufende Debatte wird nämlich noch viele interessante Aspekte hervorbringen, die bei einer zukünftigen allgemeingültigen Regelung zu berücksichtigen sein werden.

Sprache ist wunderbarerweise ein lebendiges, flexibles, unser Bewusstsein prägendes System, das sich mit wandelnden gesellschaftlichen Entwicklungen verändert und diese jeweils widerspiegelt. Doch mit der Verordnung eines neuen starren, angreifbaren Systems würgt man genau diesen fließenden Wandel ab.

Daher mein Vorschlag: Solange der gesellschaftliche Diskurs andauert – verordnet nicht gleich eine Variante, sondern haltet die Vielfalt aus! Die einfachste Lösung ist: Jeder und jede darf sich für die Variante entscheiden, die er oder sie bevorzugt. Diversität kann nicht vollstreckt werden, das Bewusstsein dafür muss wachsen, für Überzeugungen muss man werben. Die Gleichberechtigung für alle Menschen wird nicht durch einen Stern realisiert, sondern bleibt die Aufgabe im täglichen Umgang miteinander – in alle Richtungen. ■

3 S. <https://www.zeit.de/news/2021-02/26/nur-14-prozent-geben-klares-ja-zu-gendergerechter-sprache> [Stand: 07.05.2021].



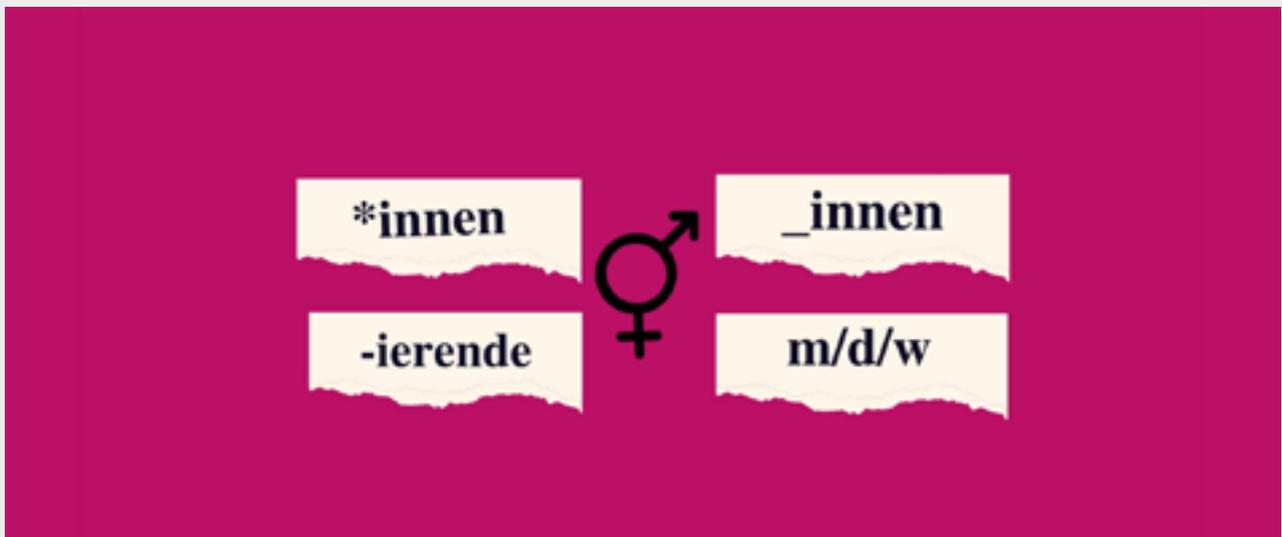
Ihre Meinung

Liebe/r Leser*in,
 lieber Leser, liebe Leserin,
 liebe/r Leser:in,
 liebe/r LeserIn,
 liebe Lesende,

stimmen Sie der Pro- oder Contra-Meinung zu? Uns würde hierzu sehr Ihre Meinung interessieren! Beteiligen Sie sich an der Diskussion und schreiben Sie uns dazu gerne eine E-Mail an landeszentrale@blz.bayern.de.



Mit den Fragen des Genderns setzen sich auch die aktuelle ZfP-Folge und der ZfP-Podcast auseinander. Es soll aufgezeigt werden, welche Ziele Befürworter*innen der geschlechtergerechten Sprache verfolgen, und Schüler*innen sollen dazu ermutigt werden, ihre eigene Haltung dazu zu finden. Im Podcast spricht die BLZ mit Friederike Sittler und Judith Sevinç Basad über die Frage, ob uns geschlechtergerechtes Gendern als Gesellschaft weiterbringt. Die ZfP-Unterrichtsmaterialien sowie den Podcast finden Sie hier: www.blz.bayern.de/zeit-fuer-politik/gendern-ja-oder-neinr.html



Impressum

Einsichten und Perspektiven
hg. von der Bayerischen Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit
Verantwortlich: Rupert Grübl, Monika Franz

Redaktion dieses Heftes: Monika Franz, Christina Gibbs, Markus Baar, Andreas Hesse

Titelbild: Sog. Erstürmung des Kapitols am 6. Januar 2021 durch Anhänger*innen Donald Trumps
© Foto: picture alliance/REUTERS/Shannon Stapleton

Gestaltung: MUMBECK – Agentur für Werbung GmbH, Schlieffenstraße 60, Wuppertal

Druck: Aumüller Druck GmbH & Co. KG, München/Regensburg

Die Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit dar.
Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.
Die Landeszentrale konnte die Urheberrechte ggf. nicht bei allen Bildern dieser Ausgabe ermitteln.
Sie ist aber bereit, glaubhaft gemachte Ansprüche nachträglich zu honorieren.
Die Redaktion trägt der gesellschaftlichen Diskussion über geschlechter- bzw. gendergerechte
Sprache Rechnung, indem die Schreibweisen der Texte variieren.

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
Englschalkinger Str. 12, 81925 München, Telefon: 089 9541154-00, Fax: 089 9541154-99, landeszentrale@blz.bayern.de
www.blz.bayern.de

BLZ AUF SOCIAL
MEDIA

